

## **Stellungnahme VKD Niedersachsen - Pressekonferenz -**

am 17. November 2008 in Hannover

Der VKD hat in seiner Diskussion zum ordnungspolitischen Rahmen 2010 grundsätzlich die gesamtwirtschaftliche Verantwortung für die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen akzeptiert. Allerdings haben wir schon rechtzeitig auch darauf hingewiesen, dass die Tarifsteigerungen, die sich für die Krankenhäuser ergeben, ausgeglichen werden müssen.

Die Krankenhäuser sind schon seit Jahren einer ständigen Unterfinanzierung ausgesetzt mit einer seit 1993 bestehenden Deckelung und waren deshalb gezwungen, erhebliche Optimierungs- und Rationalisierungsanstrengungen zu unternehmen. Erinnern möchten wir an zusätzliche vom Gesetzgeber initiierten Belastungen wie:

1. Reform des Arbeitszeitgesetzes
2. Streichung der Arzneimittelrabatte
3. Einführung des Sanierungsbeitrages
4. Absenkung der Veränderungsrate
5. Hohe Preissteigerungen infolge Mehrwertsteuererhöhung
6. Hoher Tarifabschlüsse von 8 % für 2008 und 2009

Die gestiegenen Löhne und Gehälter belasten die Krankenhäuser in den Jahren 2008 und 2009 mit rund 8 Mrd. €

Nach den vielen Jahren der Deckelung und 5 Jahre nach Einführung des DRG Systems sind die Wirtschaftlichkeitsreserven längst erschöpft und von den Krankenhäusern umgesetzt worden. Zudem kommt hinzu, dass die Krankenversicherungen in den Pflegesatzverhandlungen, entsprechen ihrem

gesetzliche Auftrages den Krankenhäusern nicht den finanziellen Spielraum eingeräumt haben, wie dieses von den Krankenhäusern gefordert war.

Erinnern möchten wir daran, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhausversorgung ein gesetzlicher Auftrag gemäß § 1 des KHG ist, doch der Gesetzgeber (dieser) kommt diesem Auftrag nicht nach und lässt die Krankenhäuser im Regen stehen. Dieses hat zur Folge, dass die Versorgung mit Krankenhausleistungen nicht mehr mit der bisherigen und erforderlichen Qualität und in dem von der Bevölkerung nachgefragten Umfang geleistet werden kann. (wie bisher). Das RWI hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Hälfte der Krankenhäuser mit einem deutlichen Defizit abschließen werden.

Der kürzlich erschienene Krankenhausbarometer beschreibt die Situation noch dramatischer, danach erzielt nur noch gut die Hälfte der zugelassenen Krankenhäuser ab 50 Betten einen Jahresüberschuss. Der Anteil der Krankenhäuser mit einem Fehlbetrag ist von 29,6 % auf 34,0 % gestiegen. Mit Blick auf das Jahr 2009 erwartet jedes 2. Krankenhaus eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

Die von der Politik zugesagten rund 3 Mrd. € zusätzlich, von denen allerdings lediglich die Hälfte tatsächlich zusätzlich wäre, reichen bei weitem in dieser Situation nicht aus. Die Kostensteigerungen summieren sich für die Jahre 2008 und 2009 auf rund acht Mrd. EURO. Daraus ergibt sich ein strukturelles Defizit von fünf Milliarden Euro, das auch nicht mehr durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert werden kann. Damit stehen 20.000 Stellen auf der Kippe.

Die von Ulla Schmidt zugesagten zusätzlichen 21.000 Stellen im Pflegedienst werden wohl nicht eingestellt werden können, wenn die Krankenhäuser sie zu

30 Prozent mit finanzieren sollen. Deswegen fordert der VKD insbesondere für die Mehrstellen im Pflegedienst, dass das „Kaputtsparen“ der Krankenhäuser ein Ende haben muss. Was wir brauchen, ist ein echtes Hilfspaket von Bund und Ländern, und keine halbherzigen Unterstützungen. Mit einer Hand gibt und mit der anderen nimmt man uns umso mehr.

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen, in dem freigemeinnützige Einrichtungen bisher gerade im ländlichen Raum die Krankenhausversorgung sichergestellt haben, drohen diese Einrichtungen nun in ihrem Auftrag zu scheitern. Damit ist die Versorgung der Bevölkerung ernsthaft gefährdet.

Dieses wollen und können wir vom VKD nicht hinnehmen.